

# \* KEINE PROPAGANDA AUF KOSTEN VON FLÜCHTLINGEN!

Ansprechpartner für Information und Beratung  
zum Thema **FLÜCHTLINGSSITUATION:**

BAYERISCHER FLÜCHTLINGSRAT  
Tel: 089-762234,  
kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de  
www.fluechtlingsrat-bayern.de



Ansprechpartner für Information und Beratung  
zum Thema **RECHTSEXTREMISMUS:**

Regionale Beratungsstellen:

OBERBAYERN/SCHWABEN  
Tel: 08092/21039,  
regionalstelle@kjr-ebe.de

MITTEL,- UNTER,- UND OBERFRANKEN  
Tel: 0911/8914181,  
regionalstelle@kjr-nuernberg.de

NIEDERBAYERN/OBERPFALZ  
Tel: 0961/9302608,  
regionalstelle@sjr.de

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“



# FLÜCHTLINGE SIND AN ALLEM SCHULD\*

# Flüchtlingswellen strömen nach Deutschland

Flüchtlinge kommen überwiegend  
aus wirtschaftlichen Gründen  
nach Deutschland.

Flüchtlinge werden in luxuriösen  
Hotels untergebracht.

Flüchtlinge nehmen den  
Deutschen  
die Arbeitsplätze weg.

Eine Flüchtlingsunterkunft  
führt zu steigender Gewalt  
und Kriminalität in der Region.

Es kommt durch Flüchtlinge zu  
Überfremdung der Gesellschaft.

Flüchtlinge verursachen den  
deutschen Steuerzahlern  
hohe Kosten.

... mit diesen und ähnlichen Behauptungen schüren Rechts-  
populisten, Rechtsextremisten und andere rassistische Gruppen  
Stimmung gegen Flüchtlinge um Propaganda für sich und ihre  
menschenverachtende Ideologie zu machen.

**FAKT IST:** Während 45,2 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind, wurden in Deutschland 2013 nur knapp 110.000 Anträge auf Asyl gestellt. Die Zahlen sind im Vergleich zum vergangenen Jahr zwar gestiegen, Schwankungen sind aber ganz normal und abhängig von der Entwicklung der Situation in den Herkunftsländern. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl lag Deutschland 2012 als Antragsland nur an 10. Stelle in Europa, was unter anderem daran liegt, dass laut einer EU-Regelung immer das Land der Einreise nach Europa für einen Flüchtling zuständig ist. Da Deutschland von EU-Staaten umgeben ist, erreichen nur wenige Flüchtlinge die Bundesrepublik.

**FAKT IST:** Krieg und Verfolgung lassen vielen Menschen keine andere Wahl als die Flucht. Deutschland hat eine äußerst restriktive Entscheidungspraxis in Asylverfahren. Rein wirtschaftliche Gründe werden nicht als Asylgrund anerkannt, selbst wenn es Armut und existenzielle Not ist, die Menschen weltweit zur Flucht zwingen.

**FAKT IST:** Bayern ist extrem streng in der Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Während der Zeit des Asylverfahrens und der Duldung müssen Flüchtlinge zum Teil jahrelang in überfüllten und oft heruntergekommenen Sammellagern, ehemaligen Kasernen, Containern oder Baracken leben. Die Zustände dort sind oft belastend: Isolierte Lagen, beengte Räumlichkeiten und fehlende Privatsphäre.

**FAKT IST:** Flüchtlinge unterliegen im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland einem strikten Arbeitsverbot. Selbst wenn Sie eine Arbeitserlaubnis bekommen, gelten für sie spezielle Regelungen und Einschränkungen, so dass die Wenigsten eine Arbeit aufnehmen können.

**FAKT IST:** Der Anteil der straffälligen Personen unter den Flüchtlingen ist genauso hoch wie der unter Deutschen. Aber es ist für Flüchtlinge leichter straffällig zu werden, da für sie Sondergesetze bestehen, zum Beispiel die Residenzpflicht. Sie dürfen sich in Bayern legal lediglich in dem Regierungsbezirk bewegen, in dem ihnen der Wohnort zugewiesen wurde. Bereits der zweite Verstoß gilt als Straftat.

**FAKT IST:** Das ist eine Argumentation, die aus der nationalsozialistischen Ideologie stammt. Sie ignoriert die Grund- und Menschenrechte eines jedes Einzelnen. Niemand flieht ohne Grund. Ganz zu schweigen davon ist es ein Gebot der Menschlichkeit, Menschen in Not Schutz und Aufnahme zu gewähren.

**FAKT IST:** Die finanziellen Leistungen für Flüchtlinge lagen so weit unter dem Existenzminimum, dass die Regelung 2012 vom Bundverfassungsgericht als menschenunwürdig erklärt wurde. Seither haben auch Flüchtlinge per Gesetz Anspruch auf das Existenzminimum. Flüchtlinge erhalten in Bayern nach wie vor lediglich Sach- statt Bargeldleistungen, nur eine medizinische Notversorgung und sie haben keinen Anspruch auf einen Sprachkurs. Durch Sonderregelungen bei der Arbeitssuche wird den meisten Flüchtlingen die Möglichkeit genommen, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten.